



# KOMPASS

DER KATHOLISCHE MILITÄRBISCHOF FÜR DIE DEUTSCHE BUNDESWEHR

Soldat in Welt und Kirche

7-8|11



## Was kommt nach ISAF?

Militärbischof Overbeck zum absehbaren Abzug aus Afghanistan



Auf ein Wort: Herausforderung Urlaub



# Übergabe in Verantwortung Was kommt nach ISAF?

von Winfried Nachtwei, MdB a. D.

*Endet der Krieg in Afghanistan, wenn ISAF (International Security Assistance Force, Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe) so schnell abzieht, wie viele es in Deutschland wünschen?  
Wenn dem so wäre, dann gäbe es nur eins: Raus!*

Deutsche und internationale Soldaten wären dann in der Tat nicht mehr mit einem Guerillakrieg konfrontiert, es gäbe nicht weiter Tag für Tag Gefallene und Verwundete bei den Alliierten. Anhaltspunkte, dass damit aber Krieg und Terror in Afghanistan aufhören würden, gibt es nicht. Alles spricht dafür, dass bei einem Sofortabzug die Gewalt eskalieren würde – zur Taliban-Machtergreifung im Süden und Osten und zum Bürgerkrieg z. B. im Norden, aber auch über die Landesgrenzen hinaus nach Pakistan und Zentralasien.

## Entwicklungen seit zehn Jahren

Als Ende 2001 der UN-Sicherheitsrat die ISAF-Truppe mandatierte, waren die Erwartungen und Hoffnungen groß, gerade auf afghanischer Seite. Neun Jahre später ist die Erinnerung an die ersten Monate und Jahre des ISAF-Einsatzes wie ein Traum mit höchst unterschiedlichem Ende: Für einen Teil der Menschen gingen Träume in Erfüllung. Insgesamt gab es ein böses Erwachen. Denn Krieg und Terror kehrten immer stärker nach Afghanistan zurück – sichtbar in den Südprowinzen Kandahar und Helmand seit 2006, im deutschen Verantwortungsbereich in der Provinz Kunduz seit 2008/2009. Zwiespältig ist heute die Bilanz. Unbestreitbar sind die Erfolge: Der breite Zugang zu Basis-Gesundheitsdiensten, die gesunkene – aber immer noch enorme – Kindersterblichkeit, die 8 Millionen Schüler und 170.000 Lehrerinnen und Lehrer gegenüber 20.000 im Jahr 2003. Regelrechte Boomregionen sind neben der Hauptstadt Mazar-e Sharif im Norden und Herat im Westen entstanden. Aber das alles wurde zunehmend überschattet und infragegestellt



*Der ehemalige Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen (1994–2009) ist heute Mitglied der Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“ der Deutschen Kommission  
Justitia et Pax*

durch die Ausweitung der Aufstandsbewegung, die Zunahme von Anschlägen, Gefechten und Opfern, vor allem unter der Zivilbevölkerung.

Gestartet mit vielen Illusionen, Widersprüchen und Versäumnissen musste die Internationale Gemeinschaft inzwischen erkennen: Nichts ist einfach in Afghanistan, diesem zerklüfteten, zerrissenen, vielfältigen, aber auch faszinierenden Land. Sie musste erkennen: Ein Scheitern ist möglich, so kann es nicht weitergehen.

## Wie weiter?

Die Vereinbarung steht: Bis Ende 2014 soll die Sicherheitsverantwortung landesweit an die afghanische Regierung übergeben werden, sollen internatio-

nale Kampftruppen abziehen können. Das ist der Wille der afghanischen Regierung und mindestens genauso der ISAF-Nationen. Es ist ein unumgängliches Ziel. Auf einem anderen Blatt steht, wie realistisch es ist und was es für die Menschen in Afghanistan und die regionale Stabilität bedeutet.

Die Übergabe darf nicht in einem nur aufgeschobenen Desaster münden, wo hinter westlicher „Gesichtswahrung“ ein „nach uns die Sintflut“ kommt. Sie darf nicht in einer menschenrechtlichen Konterrevolution enden. Dann wären alle schmerzhaften Opfer umsonst gewesen, dann wäre es ein weltpolitischer Totalschaden.

Übergabe in Verantwortung heißt: Die afghanischen Autoritäten sollen eigenständig leidlich Sicherheit gewährleisten, Stützpunkte internationaler Terrornetzwerke verhindern und Distrikte einigermaßen verwalten können. Menschen- und Frauenrechte, zivilgesellschaftliche Reformkräfte müssen Luft zum Atmen haben. Es muss Raum bleiben für die Entwicklung rechtsstaatlicher Ordnung, von menschlicher Sicherheit und gerechtem Frieden.

Eine so verantwortbare Übergabe ist nur möglich mit größter Anstrengung, Ausdauer, Klugheit – und Führungsstärke:

- Größte und konzertierte Unterstützung beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, der Förderung von Verwaltungsfähigkeiten und Staatlichkeit vor allem auf den unteren Ebenen.
- Verstärkte Bemühungen um politische Konfliktlösung unter Beteiligung auch der Zivilgesellschaft und Unterlas-

## Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrats vom 12. September 2001

### *Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen,

*entschlossen*, die durch terroristische Handlungen verursachten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln zu bekämpfen,

*in Anerkennung* des naturgegebenen Rechtes zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit der Charta:

1. *verurteilt unmissverständlich* mit allem Nachdruck die grauenhaften Terroranschläge, die am 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania stattgefunden haben, und betrachtet diese Handlungen, wie alle internationalen terroristischen Handlungen als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;

2. *bekundet* den Opfern und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sein tiefstes Mitgefühl und Beileid;

3. *fordert* alle Staaten dringend zur Zusammenarbeit *auf*, um die Täter, Organisatoren und Förderer dieser Terroranschläge vor Gericht zu stellen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Organisatoren und Förderern dieser Handlungen geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben, zur Verantwortung gezogen werden;

4. *fordert* außerdem die internationale Gemeinschaft *auf*, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen, namentlich durch verstärkte Zusammenarbeit und die volle Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkommen gegen den Terrorismus sowie der Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere der Resolution 1269 vom 19. Oktober 1999;

5. *bekundet seine Bereitschaft*, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu antworten, und alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen, im Einklang mit seiner Verantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

sung aller kontraproduktiven Aktionen. Dabei ist die Einbeziehung der Region, an erster Stelle Pakistans, von ausschlaggebender Bedeutung.

- Glaubwürde Zusage einer Aufbau- und Entwicklungspartnerschaft weit über 2014 hinaus, die auch Polizeiberater einschließen sollte – und Militärberater einschließen könnte. Gerade Deutschland kann hier an eine gute Entwicklungshilfe-Tradition anknüpfen, die bis heute in Afghanistan noch in bester Erinnerung ist. Wo Soldaten abziehen, schwindet oft zugleich das Unterstützungsinteresse. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen deutlich machen: „Wir lassen euch nicht im Stich! Wo ihr uns wollt, werden wir euch weiter unterstützen!“

- Grundsätzlich: Die auftraggebende Politik muss mehr Mut zur Ehrlichkeit aufbringen. Frühere Aufbau-Illusionen dürfen jetzt nicht in Abzugs-Illusionen umkippen. Politik und verantwortungsvolle Bürger sollten der Versuchung widerstehen, das Thema Afghanistan 2013 im Bundestags-Wahlkampf populistisch zu missbrauchen. Mehr denn je gilt, dass der Anspruch der Soldaten auf einen klaren und erfüllbaren Auftrag endlich eingelöst wird.

Ob wirklich eine verantwortbare Übergabe zustande kommt, ist ungewiss. Soldaten und Polizisten vor Ort sind bezogen auf 2014 erheblich skeptischer als offizielle Verlautbarungen in Berlin. Große Unsicherheitsfaktoren sind Pakistan, von wo der Zustrom neuer Kämpfer und Attentäter bisher ungebrochen ist, und die innere Entwicklung bei den Aufständischen – warten sie nur ab bis 2014, oder gibt es Interesse an einem Arrangement?

Umso mehr kommt es darauf an, die noch vorhandenen Chancen zu nutzen. Bestmöglich. ■